

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 4

47. Jahrgang

April 1993

*Weil er uns frei macht, deshalb ist Gott allein
anzubeten.*

Eberhard Jüngel

Religion als Heilmittel?

„Wieviel Religion braucht der deutsche Staat?“ – Diese Titelfrage eines vor einigen Monaten erschienenen Buchs ist symptomatisch. Sie verweist auf ein Problem, das zur Zeit mehr oder weniger ausdrücklich viele Gemüter bewegt. Ob Diskussion über den Wertewandel und seine möglichen Konsequenzen, Nachdenken über Notwendigkeit bzw. Gefährdung des Grundkonsenses für den demokratischen Rechtsstaat oder Debatte über den moralischen Standard unserer Gesellschaft: fast immer kommt dabei auf irgendeine Weise der *Faktor Religion* ins Spiel. Kirchenvertreter warnen vor einer „Gesellschaft ohne Gott“, in der letztlich die Würde des Menschen Schaden nehmen müsse; Politiker beklagen die schwindende Bindung an die christlichen Kirchen und das dadurch entstehende Sinnvakuum; Intellektuelle beschäftigen sich mit Religion als Integrationsfaktor, fragen nach Sinn und Grenzen einer „Zivilreligion“ oder klopfen angesichts einer allgemeinen Orientierungskrise religiöse Überlieferungen auf zukunfts-trächtige Potentiale ab.

Ausweichmanöver und Verunsicherung

Daß gerade heute wieder verstärkt über die gesellschaftliche Rolle von Religion und über religiöse Fundamente bzw. Voraussetzungen des modernen Staates diskutiert wird, *kommt nicht von ungefähr*. Diese Entwicklung läßt sich aber nicht auf eine einzige Ursache zurückführen, sondern verweist auf ein ganzes Ursachenbündel, in das das Ende des jahrzehntelang selbstverständlichen Ost-West-Gegensatzes ebenso hineingehört wie die deutsche Vereinigung im besonderen. Die Wende in der DDR demonstrierte zunächst, welche Ausstrah-

lungskraft eine religiös motivierte Minderheit haben kann, und regte damit zum Nachdenken über das gesellschaftliche Veränderungspotential des christlichen Glaubens an. Davon ist inzwischen kaum mehr die Rede; die Diskussion hat sich weithin auf die Frage verlagert, ob die geltenden staatskirchenrechtlichen Regelungen der veränderten Situation noch angemessen sind.

Der Systemumbruch in den bislang kommunistisch beherrschten Ländern Europas stürzte nicht nur einen Teil der westeuropäischen Linken in erhebliche Verlegenheit, sondern erwies sich für die siegreiche Seite im ideologisch-politischen Wettbewerb der Systeme insgesamt als ausgesprochen *ambivalent*. Neben die nur allzu berechtigte Freude angesichts der Wende zu Demokratie und Marktwirtschaft ist der verstärkte Zweifel getreten, ob das westliche System seine inneren Spannungen und Probleme ohne die Bereitschaft zur Korrektur offensichtlicher Fehlentwicklungen und ohne einen neuen Motivations-schub auf die Dauer wirklich meistern kann. Man registriert Krisensymptome wie das Aufkommen bzw. Anwachsen extremer Protestbewegungen, gestiegene Gewaltbereitschaft, das weitere Abbröckeln von Tabus bei der Darstellung von Sexualität und Gewalt in den elektronischen Medien. Auf diesem Hintergrund liegt die Frage nach der Bindungskraft von Religion, nach der Verantwortung gegenüber einer transzendenten Instanz als möglichem Heilmittel nahe.

Dazu kommt der in vieler Hinsicht *prekäre Zustand der christlichen Kirchen* nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in praktisch allen Ländern Europas, wobei sich hier Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung gegenseitig verstärken: In den Kirchen selber wird oft über einen Rückgang des Einflus-

ses auf die Gesellschaft, über die Abnahme der religiösen Praxis und des Glaubenswissens geklagt; von außen erscheinen die Kirchen weithin als Großorganisationen, denen inzwischen immer mehr Schäfchen davonlaufen und die den gesellschaftlichen Veränderungen ziemlich hilflos gegenüberstehen. Für die einen ist dieser Befund Anlaß zur Genugtuung, andere stellen mit Besorgnis fest, daß die großen Kirchen ihre traditionellen Integrations- und Sinngebungsleistungen nicht mehr erbringen. Gleichzeitig muß man damit fertigwerden, daß sich der Islam als starke religiöse Minderheit in den säkularen Staaten Europas etabliert hat und sich überdies viele Menschen eher diffusen religiösen Angeboten zuwenden, deren gesellschaftliche Funktion und Auswirkungen bislang unbestimmt bleiben.

Nun wäre es allerdings falsch, alle diejenigen, die heute das Metaphysische, die Transzendenz, die Religion oder speziell das Christentum als integrierenden Bestandteil der europäischen Kulturtradition ins Spiel bringen, über einen Kamm zu scheren. Teilweise unternehmen sie schlicht *Ausweichmanöver*: Es ist nämlich allemal leichter, über den Verlust an religiöser Substanz und Bindung als Ursache aller möglicher Übel in der Gegenwartsgesellschaft zu klagen, als konkrete Ursachenforschungen in bezug auf gesellschaftlich-politische Fehlentwicklungen zu treiben und sich um Lösungsansätze zu bemühen, auch wenn diese wenig populär sind und entsprechendes Stehvermögen verlangen. Für Kirchenleute wie für Politiker oder Intellektuelle ist es bequemer, Schuldzuweisungen an die Adresse so anonymer Instanzen wie der „Säkularisierung“ oder des „Wertezerfalls“ vorzunehmen, als sich erst einmal an der eigenen Nase zu fassen und über die eigenen Versäumnisse nachzudenken. Schon deshalb empfiehlt sich bei diversen Rufen nach der Religion oder nach den Kirchen als Sinnstiftungsagenturen die kritische Rückfrage nach den Interessen, die sich dahinter verbergen.

Der freiheitliche Staat als das große Wagnis

Oft handelt es sich aber gar nicht um bewußt kalkulierte und strategisch eingesetzte Ausweich- und Entlastungsmanöver. Häufig ist die neue Aufmerksamkeit für die gesellschaftliche Funktion von Religion verständlicher *Ausdruck von Verunsicherung und Verlegenheit* angesichts vielfältiger Krisenphänomene und schwer überschaubarer Veränderungen: Sie reichen von der Entwicklung neuer Milieus und Formen des Zusammenlebens, denen weniger traditionelle Vorgaben als subjektive Entscheidungen zugrunde liegen, über die Suche nach neuen Koordinaten für Erziehung und Bildung bis zu Anfragen an einen Politikbetrieb, der die entscheidenden Zukunftsfragen zu vernachlässigen scheint. Wem Religion wichtig ist, für den bieten solche Verunsicherungen eine Chance, sie in ihrer unverzichtbaren Bedeutung neu herauszustellen; wer sie nur noch ungefähr und von Ferne kennt, dem kommt sie am ehesten in einer solchen schwierigen Übergangssituation für Staat und Gesellschaft in den Sinn.

Aber wieviel Transzendenz braucht die Demokratie wirklich? Können Menschenwürde und Grundrechte letztlich nur unter der Voraussetzung bewahrt werden, daß ihre Verankerung in der christlich-abendländischen Tradition bewußt bleibt? Was können und dürfen Staat und Gesellschaft in diesem Zusammenhang von den Religionsgemeinschaften, speziell von den christlichen Kirchen, erwarten und was nicht? Dürfen sich die Kirchen mit ihrer Botschaft einfach zum Zweck gesellschaftlicher Integration und im Interesse der Stabilisierung des demokratischen Rechtsstaats funktionalisieren lassen? Diese Fragen lassen sich nur angemessen angehen, wenn man sich die gegenwärtige Lage sowohl von Christentum und Kirche wie des modernen Staates auf dem Hintergrund der geschichtlichen Entwicklung genauer vor Augen führt.

Beim Blick auf die religiös-kirchliche Situation in der *Bundesrepublik* springen zunächst zwei Dinge ins Auge: Die Zahl der Kirchaustritte ist auf evangelischer wie katholischer Seite in den letzten Jahren deutlich angestiegen; durch den Beitritt der neuen Bundesländer ist der Prozentsatz der Deutschen, die formell keiner Religionsgemeinschaft angehören, signifikant größer geworden. Damit ist allerdings noch nicht der entscheidende Punkt berührt: Schließlich kann ein Kirchaustritt sehr verschiedene Gründe haben und muß nicht per se bedeuten, daß sich der Betreffende völlig vom christlichen Glauben verabschiedet; die Entchristlichung in den neuen Bundesländern ist zu einem erheblichen Teil Ergebnis der politisch-ideologischen Zwänge in der DDR. Entscheidend ist vielmehr, daß allem Anschein nach in der Bundesrepublik der Anteil derjenigen wächst, die nur schwach mit ihrer Kirche verbunden sind und für die zur Deutung und Gestaltung ihres Lebens Elemente der christlichen Tradition keine oder eine höchstens rudimentäre Rolle spielen. Es sieht nicht danach aus, als würde dieser Prozeß in absehbarer Zeit zum Stillstand kommen oder sich gar umkehren. Ebenso wenig gibt es ernsthafte Anzeichen dafür, daß eine andere Religion oder Weltanschauung in der Breite das Christentum beerben könnte; die in sich sehr vielgestaltige „neue Religiosität“ erreicht nur Minderheiten.

Bei allen nationalen und regionalen Unterschieden gilt dieser Befund doch für *ganz Europa*. Wo die christliche Substanz schon seit Jahrzehnten mehr oder weniger ausgedünnt ist (wie in weiten Teilen Skandinaviens oder in manchen Regionen Frankreichs), ist keine grundlegende Veränderung in Sicht; wo noch starke volkscirchliche Milieus vorhanden sind, beginnen sie zusehends abzubreckeln, wie sich in Polen wie in Irland beobachten läßt. Der Trend zur Individualisierung und Pluralisierung von Religion scheint sich europaweit durch- bzw. fortzusetzen, wie nicht zuletzt die zweite Werteumfrage von 1990 belegt.

Der „christliche Staat“ gehört überall in Europa der Vergangenheit an, und seit der Wende im ehemals kommunistischen Teil des Kontinents gibt es auch keine Weltanschauungsstaaten mit offiziell vorgeschriebener Ideologie mehr. Ungeachtet der Unterschiede in der Regelung des Staat-Kirche-Verhält-

nisses herrscht inzwischen überall in Europa Religionsfreiheit; ist der Staat grundsätzlich religiös-weltanschaulich neutral und in diesem Sinne säkular. Anders als in den Vereinigten Staaten wird auch nirgendwo in Europa das demokratische System zivilreligiös überhöht.

Nach einem vielzitierten Diktum von *Ernst-Wolfgang Böckenförde* lebt der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann: „Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“ Die Implikationen und Konsequenzen dieses Wagnisses treten unter den gegenwärtigen bzw. für die absehbare Zukunft zu erwartenden politisch-gesellschaftlichen und religiösen Verhältnissen in Europa wie speziell in der Bundesrepublik deutlicher ans Licht als in früheren Jahrzehnten: Eine Legitimations- und Motivationskrise des demokratischen Systems, das in den letzten Jahren quantitativ Terrain gewonnen hat, fällt zusammen mit einer erheblichen Schwächung der religiösen Bindungskräfte, die es bisher zwar nicht allein, aber doch in beträchtlichem Umfang und über die verschiedensten Kanäle gespeist und so in seinen Grundlagen stabilisiert haben.

Pfleglicher miteinander umgehen

Eine glatte Lösung für dieses Problem ist nicht in Sicht; es bleiben vielmehr *Spannungen, die ausgehalten werden müssen*. Der *freiheitliche Staat* kann seinen Bürgern keine religiöse Bindung aufoktroieren oder sie auf eine transzendent-metaphysische Verankerung ihres Handelns in der Gemeinschaft verpflichten, und er darf es vor allem auch gar nicht, ohne die für ihn konstitutive Freiheitlichkeit aufzugeben. Insofern ist er ein „Staat ohne Gott“ und muß es auch bleiben, wenn er nicht in die vormoderne Symbiose von Religion und Politik zurückfallen will. Der freiheitliche Staat sollte sich auch davor hüten, angesichts der gegenwärtigen Legitimationskrise das Heil in einer quasi-religiösen Herausstellung der eigenen Grundwerte zu suchen; eine „Zivilreligion“ wie die amerikanische verdankt sich einer ganz speziellen historischen Konstellation und ist nicht auf andere Länder übertragbar. Sie bliebe dort entweder ein bloßes Kunstgebilde ohne reale Wirkung oder würde im Endeffekt wieder mit dem Grundrecht auf Religionsfreiheit und der religiösen Neutralität in Konflikt geraten.

Auch die Möglichkeiten der *christlichen Kirchen* sind begrenzt. Sie haben in einem langen und mühsamen Prozeß gelernt, den modernen Staat als religiös-weltanschaulich neutrales, säkular-pluralistisches Gemeinwesen nicht nur als notwendiges Übel zu betrachten, sondern von der eigenen Botschaft her positiv zu würdigen und als angemessenen Raum für ihr Wirken anzunehmen. Unter diesen Bedingungen reichen ihre Einfluß- und Wirkmöglichkeiten grundsätzlich so weit, aber auch nur so weit, wie sie mit ihrer Botschaft bzw. speziell mit ihren Äußerungen zu gesellschaftlichen und

politischen Grundfragen Menschen in der säkularen Gesellschaft überzeugen oder zumindest nachdenklich machen. Sie sind heute der „konstantinischen“ Last enthoben, religiöser Legitimations- und Stabilisierungsfaktor für staatliche Herrschaft und gesellschaftlichen Konsens sein zu müssen.

Daß sich der christliche Glaube nicht zum Zweck der gesellschaftlichen Integration und der politischen Legitimation funktionalisieren lassen darf, weil er sich dazu im letzten nicht eignet, bedeutet aber gerade nicht, er hätte unter unseren Bedingungen keine gesamtgesellschaftliche und politische Funktion und Relevanz. Auch wenn die überzeugten und bewußten Christen noch stärker zur Minderheit werden, traditionelle Transmissionsriemen zwischen Glaube und Politik nicht mehr funktionieren und der Einfluß der Kirche als Großinstitution zurückgeht, behält der christliche Glaube seine Ausrichtung auf das Heil und auf das irdische Wohl aller Menschen und damit auch aller Bürger des freiheitlich-säkularen Staates. Wenn sich Christen deshalb politisch engagieren, wenn die Kirchen im Religionsunterricht, in ihrer Erziehungs- und Bildungsarbeit Menschen für die ethischen Voraussetzungen des demokratischen Rechtsstaats und für moralische Grundhaltungen sensibilisieren, sind sie damit ihrem eigenen Auftrag treu und leisten dem Gemeinwesen gleichzeitig einen Dienst, den diese zwar nicht erzwingen, wohl aber dankbar entgegennehmen kann.

Fazit: Es führt weder weiter, wenn Politiker oder Intellektuelle in beredten Worten den Wertewandel, das Sinnvakuum, den neuen Säkularisierungsschub beklagen, noch wenn Kirchenleute über die „Gesellschaft ohne Gott“ lamentieren. Religiöse Bindungen lassen sich unter unseren Verhältnissen nicht erzwingen und auch nicht einfach mit dem Argument stabilisieren, sie würden als Motivation für das Bemühen um Sicherung der Freiheit, um die Förderung von Gerechtigkeit und Solidarität dringend gebraucht. Die Bezogenheit des Menschen auf einen ihn übersteigenden transzendenten Horizont läßt sich ebensowenig andemonstrieren. Weder die inneren Krisen des demokratischen Staates in einer immer stärker von Individualisierung und Pluralisierung geprägten, traditionsschwachen Gesellschaft noch die Erosionserscheinungen und Verwerfungen in den Kirchen lassen sich durch den Verweis auf die Gefahren eines transzendenzvergessenen Zusammenlebens und den bedrohlichen Schwund an konsensfähigen Sinnressourcen zudecken oder gar bewältigen.

Wichtig wäre in dieser Situation allerdings, daß man auf allen Seiten etwas *pfleglicher miteinander umgeht*. Es stünde manchen Zeitgenossen gut an, nicht soviel Häme über die Kirchen auszugießen, sondern sich darüber Rechenschaft zu geben, welches Sinn- und Hoffnungspotential in der christlichen Überlieferung steckt. Politiker wären gut beraten, keine überzogenen Erwartungen und Forderungen an die Adresse der Kirchen zu richten, und die Christen und ihre amtlichen Repräsentanten sollten sich darüber im klaren sein, daß sie letztlich nur einen begrenzten Beitrag zur gedeihlichen Entwicklung von Staat und Gesellschaft leisten können, sich davon aber nicht dispensieren dürfen. *Ulrich Ruh*